

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

2.7.1921 (No. 151)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortl.  
Hauptredak-  
teur  
C. A. M. e. n. d.  
Druck  
und Verlag:  
G. Braunsche  
Hofbuch-  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 M. 90 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die Tmal gespaltene Zeile über deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kasienrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagerverbedung, zwangsweiser Beibehaltung und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Anzerent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Zur Auflösung der Organisationen Escherich.

\*\* Im Staatsanzeiger veröffentlicht das Ministerium des Innern die Bekanntmachung der Reichsregierung vom 24. Juni 1921, betreffend die Auflösung der Organisationen Escherich. Da die Auflösung der Organisationen Escherich durch diese Anordnung der Reichsregierung für das gesamte Reichsgebiet verfügt ist, da ferner Einwohnerwehren in Baden längst nicht mehr bestehen, und da andere durch das Gesetz vom 22. März 1921 verbotene Vereinigungen in Baden nicht bekannt sind, erübrigen sich für Baden zunächst weitere Maßnahmen. Gegen künftig im Land auftauchende unzulässige Vereinigungen wird eingeschritten werden.

#### \* Frankreich und das Kabinett Wirth.

Die Melodie, die der französische Ministerpräsident angeklungen hat, wird jetzt von der Pariser Regierungspresse paraphrasiert. Vor allem ist es der „Temps“, der die merkwürdige Auffassung, man müsse das Kabinett Wirth vor den Alldeutschen schützen und dürfe der Festigkeit dieses Kabinetts nicht allzusehr vertrauen, von neuem umschreibt. Deutschland solle Frankreich beweisen, daß jeder Zwang unmöglich geworden sei. Dazu gehöre, daß die deutschen Republikaner aller Welt die Überzeugung beibringen, daß sie in ihrem eigenen Hause auch die Herren seien. Es habe aber den Anschein, als ob die heutige demokratische Regierung nur eine Theaterdekorations sei, hinter der die reaktionär-militaristischen Kräfte noch wie vor ihr Spiel trieben. Frankreich habe keine Veranlassung, eine deutsche Regierung der Linksparteien rücksichtslos zu behandeln, wenn sie lediglich eine solche Dekoration darstelle. Von der deutschen Reaktion wird dann schließlich wieder behauptet, daß sie hinten herin den Feldzug gegen Frankreich organisiere.

Es wäre wirklich an der Zeit, und würde im Interesse beider Länder liegen, wenn diese ganze Frage, die immer wieder von der französischen Regierungspresse zu unserem Nachteil angeknüpft wird, etwas mehr in den Hintergrund träte. Dazu wäre notwendig, daß man von beiden Seiten mit ernstem Willen und vollkommener Offenheit an die Lösung der Frage herginge. Allerdings wäre dabei von Frankreich von vornherein das weitest mögliche Maß an gutem Willen zu erwarten.

Zunächst ist doch das ganze Geschrei der Pariser Regierungspresse zu neun Zehnteln übertrieben und ganz zweifellos lediglich dazu da, um dahinter ganz bestimmte, machtpolitische Zwecke zu verbergen. Daß Deutschland Frankreich militärisch nicht mehr gefährlich werden kann, das sollte doch auch von dem ängstlichsten Franzosen eingesehen werden. Aber dennoch arbeitet man mit jenem Argument, weil es nun einmal ganz vortrefflich in den politischen Gesamtplan hineinpaßt, und zweitens, weil man sich in Frankreich in der Tat an gewissen Vorkommnissen bei uns stößt.

Aber auch diese Vorkommnisse dürfen in ihrer Bedeutung nicht überschätzt werden. Gerade ein militärisch tüchtiges Volk, wie die Franzosen, sollte es begreifen, daß man das, was sie den „preußisch-deutschen Militarismus“ nennen, nicht mit einem Schlage aus der Welt schaffen kann. Und Frankreich sollte ferner verstehen lernen, daß gerade seine tödlich brutale Politik den reaktionär-militaristischen Kreisen immer wieder neues Wasser auf die Agitationsmühle leitet.

Aber immerhin: Selbst wenn man sich auch in Frankreich über manches Vorkommnis in Deutschland aufregt, so dürfte diese Aufregung doch nie und nimmer zur Grundlage der offiziellen Politik uns gegenüber gemacht werden; eben aus dem Grunde, weil eine wirkliche Gefahr für Frankreich nicht mehr besteht. (Wenn Briand neuerdings die Aufrechterhaltung der Sanktionen damit begründet, daß Deutschland sich in der Erfüllung seiner Verpflichtungen Rückständigigkeiten habe zuschulden kommen lassen, so ist dieses Argument hinfällig, da ja jetzt diese Verpflichtungen restlos erfüllt sind.)

Was schon eher in Frankreich Bedenken erwecken könnte, das ist die innerpolitische Auswirkung der reaktionären Agitation. Es ist richtig, daß das Kabinett Wirth ein schweres und sorgenvolles Dasein zu führen hat und heute noch nicht weiß, mit welcher ausreichenden Mehrheit es sein wichtigstes Programm erledigen wird. Aber auch hier ist es wieder die französische Politik, die die Stellung ausgerechnet des Kabinetts, an dem es selber das größte Interesse hat, nicht nur nicht stützt, sondern geradezu untergräbt. So psychologisch geschult sollten die französischen Staatsmänner doch sein, daß sie sich selbst sagen, daß der Reaktion der Wind aus den Segeln genommen wird, wenn das Kabinett Wirth in außenpolitischer Hinsicht Erfolge erringt. Aufgabe einer klugen staatsmännischen Kunst wäre es also, wenn die Entente und vor allem Frankreich dafür sorgen würde, daß die Frage der „Sanktionen“ und die Oberschlesische Frage im Sinne der Gerechtigkeit entschieden wird. Frankreich sollte sich stets vor Augen halten, daß es ein besseres Kabinett, als das Wirthsche, nach Lage der Dinge nicht zu erwarten hat.

Die gleiche Erkenntnis gilt aber auch für unsere innere Politik. Auch unsere Parteien sollten endlich erkennen, daß unter den heute gegebenen Verhältnissen das Kabinett Wirth noch das einzige ist, das uns eine Aussicht auf Erfolg gewährt. Wir können uns keine andere Konstellation denken, bei der eine größere Mehrheit herauskäme, als die, mit welcher das Kabinett Wirth arbeitet. Dabei halten wir es natürlich im Interesse des Reiches für durchaus wünschenswert, daß einerseits im Reich die Deutsche Volkspartei wieder positiv in der Regierung mitarbeitet, andererseits in Preußen die Sozialdemokratie wieder in die Regierung eintritt.

Wer aber den Sturz des Kabinetts Wirth betreibt, der sollte so viel Verantwortungsgefühl besitzen, daß er auch sofort die neue Koalition nennt, die dann die Geschäfte führen soll. Gerade im Hinblick auf die französische Politik ist eine Koalition, wenn sie überhaupt eine parlamentarische Mehrheit fände, in außenpolitischer Beziehung einfach unmöglich; sie würde das Mißtrauen der gesamten Entente hervorrufen und Aktionen von seiten Frankreichs heraufbeschwören, gegen die das törichte Bögen in der Frage der Sanktionen und Oberschlesiens wahrlich nur ein Kinderpiel wäre.

Wir hätten freie Bahn vor uns, wenn sich die Parteien der Rechtsopposition endlich dieser Erkenntnis unterordnen wollten. Geschähe dies, so würden ganz von selbst auch jene Vorkommnisse, die in Frankreich bei den ängstlichen Gemütern immer wieder zu allerlei Bedenken und Mißtrauen Anlaß geben, nach und nach von der Wildfläche verschwinden, und es würde der französischen Politik jener beliebte Vorwand genommen werden, mit dem sie immer und immer wieder zu unseren Ungunsten arbeitet. Es geht wirklich nicht anders: Alle Parteien müssen heutzutage bis zu einem gewissen Grade für die Regierung eintreten. Opposition um der Opposition willen ist heute ein Verbrechen am Vaterlande!

#### \* Politische Streiflichter.

Der Streik der englischen Bergarbeiter ist beendet und zwar auf der Grundlage eines Kompromisses, nach welchem ein Minimallohn bewilligt wird, der 20 Prozent über den Lohnsätzen der Vorkriegszeit steht. Ferner werden ganz bestimmte Kohlendistrikte gebildet, in denen der Ertrag der Gruben nach Abzug der Kosten und der Löhne als Gewinn unter die Minenbesitzer und die Arbeiter verteilt wird. Diese letzte Bestimmung bedeutet eine gefährliche Halbheit. Die Bergarbeiter hatten ursprünglich verlangt, daß alle Grubengewinne in eine gemeinsame Kasse fließen sollen, aus der dann über das ganze Land hin Einheitslöhne verteilt werden. Jetzt ist es so, daß in dem einen Distrikt, der gute und reiche Kohlenlager besitzt, glänzende, in einem anderen Distrikt aber, der mit schlechteren natürlichen Verhältnissen zu rechnen hat, Minimallöhne gezahlt werden, die den heutigen Kosten der Lebenshaltung durchaus nicht entsprechen. Daß sich ein solcher Zustand auf die Dauer nicht halten kann, liegt klar auf der Hand. Grundsätzlich muß die Beteiligung der Bergarbeiter am Gewinn

dazu führen, daß sie selber zu Vorkämpfern des kapitalistischen Systems werden, und zwar in einer Einseitigkeit, die die Gefahr in sich birgt, daß Minenbesitzer und Minenarbeiter skrupellos nur noch an den eigenen Gewinn, an den Geschäftsgewinn der Kohle denken, ohne sich um die Bedürfnisse anderer wirtschaftlichen Kategorien zu kümmern. Dem sozialen Gedanken würde damit der Todesstoß versetzt werden. Die Bedingungen, unter denen jetzt der englische Bergarbeiterstreik beendet wurde, scheinen die Richtigkeit der These zu erweisen, daß soziale Maßnahmen nur dann gerecht und nützlich sind, wenn sie sich auf das gesamte Staatswesen erstrecken. Und in der Folge wird das Prinzip, auf dessen Boden hier eine Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zustande kam, nicht nur eine Schädigung des sozialen Gedankens, sondern geradezu eine Beeinträchtigung der Staatsidee als solchen mit sich bringen.

Bei der Abstimmung über den bekannten Flaggenantrag der nicht sozialistischen Parteien im Reichstag haben, wie die Zeitungen feststellen, Reichskanzler Dr. Wirth, Reichsminister Dr. Brauns, Reichsminister Sieberts, der frühere Reichskanzler Fehrenbach und der Abgeordnete Dr. Spahn gegen den Antrag gestimmt, der ja dann auch abgelehnt wurde. Es ist bezeichnend für die Nervosität, die unser innerpolitisches Leben beherrscht, daß man auch diese Abstimmung in den Bereich leidenschaftlicher parteipolitischer Erörterungen zieht. Und doch sollte gerade die Tatsache, daß Männer des linken und des rechten Flügels ein und derselben Partei gegen den Antrag stimmten, zeigen, daß es sich hier um eine Frage handelt, die vielleicht besser überhaupt nicht unter parteipolitischen Gesichtswinkel zu betrachten wäre. Jedenfalls glauben wir, daß die innerpolitische Lage kritisch genug ist, als daß man sie noch mit Dingen belasten dürfte, die so wichtig sie an sich sein mögen, doch auf den Verlauf des großen und breiten Stroms der Politik nur geringen Einfluß haben. Daß ein angesehener Jurist wie Dr. Spahn gegen den Antrag gestimmt hat, ist vielleicht daraus zu erklären, daß dieser Antrag eigentlich einen Eingriff in den klaren Wortlaut der Reichsverfassung bedeutet. Artikel 3 der Reichsverfassung besagt: „Die Reichsflaggen sind schwarz-rot-gold. Die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit den Reichsflaggen in der oberen inneren Ecke.“ Wie es heißt, wird der Gedanke, der dem Antrag zugrunde liegt, weiter verfolgt werden. Wenn dies geschieht, sollte aber von allen Parteien darauf gehalten werden, daß die Entscheidung darüber nicht gleich wieder zu einer Art Lebensfrage für die deutsche Nation aufgebaut wird.

Daß der neue Staat von der reaktionären Presse der unglaublichsten Dinge beschuldigt wird, ist bekannt. Mit Wonne greifen diese Mütter Gerüchte auf, um sie unter entsprechender parteipolitischer Ausschmückung dem neuen Staat an die Kleider zu hängen. Ein solcher, an sich geringfügiger, aber als Symptom überaus bezeichnender Fall hat sich leghin bei uns in Baden ereignet. Das Stuttgarter Organ der Deutschnationalen hatte die Entlassung eines Arbeiters in der Sinnerischen Armeladefabrik in Karlsruhe-Grünwinkel als Ausfluß eines gegen die deutschnationale Geminnung dieses Arbeiters gerichteten Terrorismus behandelt. Natürlich hatte es daran sofort die Bemerkung geknüpft, die Feststellung dieses terroristischen Aktes genüge „zur Kennzeichnung des neuen Systems, das einem anständigen Arbeiter zum Sklaven bolschewistischer Triebe mache.“ Und wie liegen die Dinge nun in Wahrheit? Aus den klaren Befundungen der genannten Firma ergibt sich, daß der betreffende Arbeiter in überaus höflicher Weise seine Kameraden denunziert und auch sonst ein Verhalten an den Tag gelegt hat, das der Firma geradezu die Notwendigkeit auferlegte, ihn zu entlassen. Mit Parteipolitik hat die Sache also nicht das Mindeste zu tun gehabt. Daß der betreffende Arbeiter, dessen Charakter in der Beurteilung seitens der Firma und seitens seiner Kameraden wirklich nicht glänzend abschneidet, gerade den Deutschnationalen nahe steht, ist ja peinlich genug. Seine Entlassung aber nun zu einer Hebe gegen den neuen Staat auszuschlachten, das war doch eine Torheit, die sich das deutschnationale Organ bei vorheriger Nachprüfung hätte ersparen können.

Mit einer Beilage: 45. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

# Badische Wochenrückblicke.

## Regierung und Ortsklasseneinteilung.

Im Landtag äußerte sich Finanzminister Köhler zur Frage der Ortsklasseneinteilung in einer Rede, die besonders für die Beamtenchaft, darüber hinaus aber auch für einen erheblichen Teil der Bevölkerung unserer Städte und Gemeinden von Bedeutung ist. Die Ausführungen des Ministers verdienen um so größere Beachtung, als sie eine grundsätzliche Erklärung der Regierung über ihre Stellung in dieser wichtigen und leidenschaftlich erörterten Frage darstellen.

Wer den Gang der Dinge verfolgt hat, konnte zwar schon, ehe diese Rede gehalten wurde, darüber im Klaren sein, daß die badische Regierung in der Ablehnung der zurzeit geltenden Ortsklasseneinteilung mit ihren Beamten völlig einig ist; hat sie doch bekanntlich bei den Verhandlungen in Berlin gegen die vorläufige Regelung gestimmt und mehrfach erklärt, daß sie eine Neuordnung für dringend notwendig halte. Nunmehr hat der Finanzminister über das Zustandekommen der mit Recht beanstandeten vorläufigen Regelung genaue Einzelheiten mitgeteilt, aus denen hervorgeht, daß die badische Regierung seinerzeit in Berlin entsprechende Änderungsanträge gestellt und vertreten hat, daß aber alle diese Anträge abgelehnt wurden, ohne daß vorher eine Mitteilung darüber an die badische Regierung ergangen, oder ohne daß ihr die Möglichkeit gegeben worden wäre, Stellung zu diesem ablehnenden Beschluß zu nehmen. Die badische Regierung hat der Reichsregierung gegenüber auch zum Ausdruck gebracht, daß andererseits ohne Kenntnis der wirtschaftlichen und geographischen Verhältnisse und ohne Angabe von Gründen rein willkürliche Änderungen vorgenommen worden seien. Mit einigen andern Ländern zusammen hat die badische Regierung im Reichsrat, wie schon gesagt, gegen eine vorläufige Ortsklasseneinteilung gestimmt und eine sofortige endgültige Regelung beantragt, in der richtigen Voraussetzung, daß andernfalls eine Zeit fortwährender Beunruhigung der Beamten- und Arbeiterchaft eintreten würde, und daß die spätere endgültige Regelung wesentlich teurer sein würde, wenn sie auf Grund von Eingaben, Protesten usw. zustandekäme. Daß die Regierung im Reichsrat überstimmt wurde, ist selbstverständlich nicht ihre Schuld. Minister Köhler darf sich mit Recht darauf berufen, daß die badische Regierung ihre Pflicht getan habe, und man muß ihm rüchlos beipflichten, wenn er die — z. T. außerordentlich scharfen — Vorwürfe, die in Protestversammlungen gegen die badische Regierung gerichtet werden, als durchaus ungerechtfertigt zurückweist.

Aus der Überzeugung heraus, daß die Zustände jetzt zu gering und die Spannung zu groß ist, hat der Minister mehrfach in Berlin bis in die letzten Tage hinein den Standpunkt vertreten, daß es nach der Auffassung unserer Regierung nur zwei Wege gibt, Zufriedenheit herbeizuführen: Beseitigung der Staffelung der Teuerungszuschläge und radikale Änderung des Ortsklassenverzeichnisses. Im Einzelnen steht Minister Köhler, wie übrigens schon aus einer von ihm vor kurzem an anderer Stelle gehaltenen Rede bekannt ist, auf dem Standpunkt, daß drei Ortsklassen vollauf genügen würden: eine Großstadtklasse, die die Gemeinden umfassen würde, bei denen die Lebenshaltung wirklich am teuersten ist, eine Großstadtklasse, in die die Gemeinden lediglich nach ihren Teuerungszahlen und nicht nach politischen Rücksichten hinein kommen sollen, dann eine zweite Klasse, die die große Zahl der übrigen Gemeinden enthalten soll mit Ausnahme der billigen Dorfgemeinden, die endlich eine dritte Klasse umfassen soll. Bei der Untergrenzung soll nicht eine örtliche Untergrenzung maßgebend sein, sondern eine territoriale, da es sich nicht mehr rechtfertigen läßt, daß man eine bestimmte Stadt in eine bestimmte Ortsklasse einreicht und Gemeinden, die 4 oder 5 Kilometer davon wegliegen, in eine um eine oder zwei Stufen niedrigere Ortsklasse. Leider fand die in diesem Sinne von der badischen Regierung gegebene Anregung beim Reichsfinanzministerium u. beim Reichsstaatsrat keine günstige Aufnahme und zwar offenbar darum, weil man nicht an die Möglichkeit der Durchführung einer so radikalen Änderung in kurzer Zeit glaubt. Demgegenüber hält jedoch die badische Regierung an der Meinung fest, daß, wenn hier endlich einmal etwas wirklich Nichtiges geschaffen werden soll, das in wenigen Wochen geschaffen werden kann, wenn man die Einteilung großzügig vornimmt. Die Regierung wird, wie der Finanzminister versichert, diesen ihren Standpunkt mit Nachdruck und Umsicht in Berlin vertreten. Die Beamtenchaft wird ihr hierfür sicherlich aufrichtigen Dank zollen. Im übrigen glauben wir, daß die Rede des Finanzministers viel zur Klärung und Beruhigung beigetragen hat und daß dementsprechend wohl auch die zum Schluß ausgesprochenen, auf eine Abstellung der Flut von Anfragen und Eingaben aller möglichen Gemeinden und Organisationen abzielende Bitte des Redners nicht ungehört verhallen möge. Die Gründe dafür brauchen wohl, nach unseren wiederholten Hinweisen auf die zu Hemmungen und Unzulänglichkeiten führende Überlastung der Zentralstellen durch die Masse der täglich einlaufenden Petitionen und sonstigen Eingaben nicht nochmals aufgeführt zu werden.

## Reparation und „Goldwerte“

In der Diskussion über die Aufbringung der Reparationslasten spielt seit der großen Programmrede des Reichskanzlers am 1. Juni die Frage der Heranziehung der Realwerte eine wesentliche Rolle. Der Reichskanzler hat bekanntlich erklärt, daß die Regierung bei der Suche nach weiteren Einnahmequellen neben der unvermeidlichen Belastung des Verbrauchers in erster Linie den von der Geldwertverwertung minder betroffenen Besitz an Sachwerten im Auge habe, nämlich die sogenannten „Goldwerte“, also solche Realwerte oder andere Vermögenswerte, die von der Wertveränderung des Papierwertes nicht getroffen werden, vielmehr ihren Goldwert mehr oder minder beibehalten haben. Es handelt sich somit vorwiegend um solche Werte, bei denen Gewinne, sei es aus Konjunkturen, sei es aus der „Angleichung an die Weltmarktpreise“ entstehen.

Was hat es nun eigentlich mit diesen Realwerten auf sich, und welche volkswirtschaftlichen Erwägungen können dazu führen, daß der Staat sich zum Zugriff auf sie entschließt? Über diese Fragen herrscht in der Öffentlichkeit noch vielfach Unklarheit; es dürfte manchen Leser darum interessieren, Näheres darüber zu hören. In einer dieser Tage an uns gelangten Aufschrift von unterrichteter Seite werden uns Einzelheiten mitgeteilt, die geeignet sind, wesentlich zum Verständnis des hier in Rede stehenden Problems beizutragen. Danach ist die Maßnahme (sagen wir als ein Akt ausgleichender steuerlicher Gerechtigkeit) gedacht die Wirkung der Geldwertverwertung trifft, so ungefaßt ist der Gedankengang dabei, die Kreise der Besitzenden sehr verschieden. Alle, die ein Sparkassenguthaben, Staatsrenten, einen Hypothekendarlehen oder eine in Real ausgebrückte langfristige Forderung haben, trifft die Geldwertverwertung in vollem Umfange, ebenso den pensionierten Beamten und die auf die festen Bezüge Angehörigen. Man kann aber auch demgegenüber — ohne daß

selbstverständlich diesem Wort ein herabsetzender Beifall anhaftete — von Käufern der Geldwertverwertung sprechen, und man denkt hierbei an die Besitzer von Real, also von Sachwerten. Solche Werte sind natürlich in erster Linie: Häuser, Grund und Boden, gewerbliche Anlagen. Der Artikel führt für die Wirkung der Geldwertverwertung auf den verschiedenen Gebieten einige sinnfällige Beispiele an.

Wenn, so besagt er, das Ei oder der Liter Milch oder das Pfund Kirchen beim Erzeuger heute das 10- oder 15fache des Friedenspreises kostet, so wird auch das Huhn oder das Kind oder der Kirschbaum das 10- oder 15fache gegenüber dem Friedenswert sein. Ins Große übertragen: Wenn die Tonne Kornfrucht im Frieden 150 Mark kostete und in diesem Jahre nach starker Lockerung der Zwangspreise im Durchschnitt etwa auf 2500 M. oder höher kommt, dann wird auch der Acker, auf dem dieses so teure Getreide wächst, heute das Vielfache des Friedenspreises wert sein! Man nehme etwa ein landwirtschaftliches Fachblatt aus der Friedenszeit zur Hand, in dem Verfügungen von so und so viel Morgen Größe zum Verkauf ausgeben werden, und vergleiche damit die heutigen „billigen und preiswerten“ Angebote gleich großer Objekte in demselben Blatt. Man wird dann finden, daß für diese gleichen Realwerte (eben weil sie Goldwerte sind) heute die 8- oder 10fache Summe des Friedenspreises genannt wird. Im Gegenteil dazu wird es niemand einfallen, dem Besitzer eines Sparkassenscheines über 10 000 Mark (der das Geld seinerzeit im Frieden in Gold einzahlte) heute das 8- oder 10fache zu bieten. Der Eigentümer der oben erwähnten Realwerte entzieht sich also (ohne daß ihm eine böse Absicht unterstellt werden kann) durch die natürliche Entwicklung der Dinge den schlimmen Wirkungen der Geldwertverwertung ganz oder doch zum großen Teil.

Auch beim städtischen Hausgrundbesitz bieten sich Realwerte, deren Besitzer von der Geldwertverwertung ungleich schwächer betroffen werden, als die Klasse der Rentner und zwar nicht sowohl unter den Miethäusern, deren heutiger Verkaufspreis infolge der gesetzlichen Niedrighaltung der Mieten selbstverständlich nicht dem als Goldmarktpreis entsprechenden Wert entspricht als vielmehr in Geschäftshäusern usw., die eine gegen den Friedenspreis wesentlich erhöhte Miete abwerfen und die denn auch vielfach ihren Besitzer zu einem Wechselsachen des Friedenspreises gewechselt haben. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei gewerblichen Anlagen, Fabriken, Mühlen u. dgl., deren Wert durch die auf das 10-15fache des Friedenspreises erhöhten Gewinne naturgemäß erhöht ist, wie ja auch die hohen Aktienkurse der Industriebetriebe an der Waise bezeugen.

In der Richtung dieser hier kurz skizzierten Gedanken dürften sich in der Hauptsache die Erwägungen bewegen, die in Steuerfachkreisen zu dem Vorschlag einer Heranziehung der Geldwerte Anlaß gaben. Die Reichswirtschaftsminister Schmidt am 9. Juni im Reichswirtschaftsrat mitteilte, hat das Kabinett zu dieser Frage noch nicht abschließend Stellung genommen; gilt es doch überhaupt, noch zu überlegen, ob die Heranziehung der Geldwerte im Wege der Steuer oder der Reichsbeteiligung oder der Hypothek\* erfolgen kann. Näheres über die Pläne der Reichsregierung wird man vermutlich schon in den nächsten Tagen erfahren.

## Zur Förderung des Wohnungsbaues.

Die unerminderte Fortdauer der Wohnungsnot zwingt die Städte fortlaufend zu erneuten gewaltigen Ausgaben. Das gilt naturgemäß in erster Linie von den Großstädten, wie Mannheim, wo die Zahl der Wohnungssuchenden nunmehr bereits über 10 000 beträgt, Karlsruhe, Freiburg usw. In der zuletzt genannten Stadt sah sich der Stadtrat soeben zu dem grundsätzlichen Beschluß genötigt, für die Schaffung von 18 weiteren Wohnungen in der Krillerkaserne 264 000 M., für die Schaffung von 12 weiteren Wohnungen (Mischlingswohnungen) in der Funkeerkaserne 550 000 M., davon 165 000 Mark von Gemeindefeile, zu bewilligen. Zu diesen Summen kommen noch Gemeindefeile für 21 Eisenbahnerwohnungen des Bauvereins und der gemeinnützigen Heimstätten-Gesellschaft in Höhe von 621 000 Mark, ferner vorbeschrieben näherer Bauplan der Gemeindefeile für weitere Bauten an der Bismarckstraße (240 000 M.) und endlich ein Gemeindefeile für weitere Wohnungen für vertriebene Glatz-Lotharinger von 510 000 M. Aber auch in den kleineren Gemeinden entsteht aus der Notwendigkeit der Erziehung neuer Wohnungen ein ständig wachsender Kostenaufwand. So hat, wie schon mitgeteilt, der Bürgerausschuß in Durlach vorgestern rund 5 1/2 Mill. M. für Wohnungsbauten bewilligt; und auch aus Todtnau wurde dieser Tage gemeldet, daß an die dortigen Baugenossenschaft von der Gemeinde 300 000 Mark für den gleichen Zweck zugewilligt wurden. Die Stadt Todtnau ist außerdem in der glücklichen Lage, der genannten Genossenschaft 250 Kubikmeter Bauholz zu dem bewilligten Preis von 80 Mark für den Kubikmeter zur Verfügung zu stellen. Die letztere Möglichkeit liegt vielleicht auch noch bei anderen Gemeinden vor. In solchen Fällen wäre das Vornehmen Todtnaus als nachahmenswertes Beispiel zu empfehlen.

## Politische Neuigkeiten.

### Die Sanktionsdebatte im Reichstag.

Der Reichstag setzte gestern nach Erledigung einer Reihe von kurzen Anfragen und Überweisung verschiedener kleinerer Vorlagen an die zuständigen Ausschüsse die Besprechung über die Sanktionen fort. Die Redner der Fraktionen des Zentrum, der Deutschen Nationalen, der Unabhängigen, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei gaben einmütig in scharfen Worten der Erbitterung des deutschen Volkes über die Fortdauer der Sanktionen Ausdruck und forderten die alsbaldige Aufhebung; selbst der kommunistische Redner, der auch diese Gelegenheit zu parteipolitischen Wehe benutzte, stellte fest, daß das Proletariat in geradezu erschreckender Weise unter den Sanktionen gelitten habe. Nächste Sitzung Samstag vormittag.

### Die zweite Internationale gegen die Sanktionen.

Das Exekutivkomitee der zweiten Internationale tagte am 27. und 28. Juni in London. Deutschland war durch Wels

\* Zur Vermeldung von Mißverständnissen möchten wir übrigens daran erinnern, daß der badische Finanzminister Köhler einer Korrespondenzmeldung zufolge in seiner Ansprache auf der Heibelberger Bauernvereinsversammlung mitgeteilt hat, daß ihm von der Umlage einer Zwangshypothek noch nichts bekannt sei und daß niemand daran denke, deutschen Grund und Boden mit fremdländischen Hypotheken zu belasten.

vertreten. Aus der Besprechung über die internationale Situation ergab sich in bezug auf die Sanktionen, daß diese, nachdem Deutschland seinen Verpflichtungen durch Erfüllung des Ultimatus nachgekommen ist, aufgehoben werden müssen. Das Komitee kommt zu diesem Beschluß auch aus dem Grunde, weil die beteiligten Völker ihre Finanzen sonst nicht in Ordnung bringen können. Es ist auch unmöglich, die internationalen Handelsbeziehungen wieder herzustellen. Der deutsche Parteivorstand hat dem Komitee eine Denkschrift über die Notwendigkeit der Schaffung einer interparlamentarischen Kommission unterbreitet, die eine eingehende, im allgemeinen zustimmende Aussprache ergab.

## Zur Entrichtung der Einkommensteuer.

Der Reichsfinanzminister hat auf eine Anfrage über die Rückerstattung zu viel entrichteter Einkommensteuer folgende Antwort erteilt:

Nach § 48 Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes hat das Finanzamt in den Fällen, wo der Wert der gemäß § 48 Absatz 1 des genannten Gesetzes von einem Arbeitnehmer zum Zwecke der Entrichtung der Einkommensteuer vorgelegten Steuermarken den zu zahlenden Steuerbetrag übersteigt, den überschüssigen Betrag dem Steuerpflichtigen sofort nach der endgültigen Veranlagung in bar zu erstatten. In gleicher Weise ist zu verfahren, wenn die durch Abzug vom Arbeitgeber einbehaltenen Beträge nicht durch Verwendung von Steuermarken, sondern durch unmittelbare Einzahlung an die Reichskasse abgeführt worden sind; demgemäß sind die im Rechnungsjahr 1920 durch Steuerabzug vom Arbeitgeber zu viel einbehaltenen Beträge sofort nach erfolgter endgültiger Veranlagung für das Rechnungsjahr 1920 dem Steuerpflichtigen in bar zu erstatten. Die endgültige Veranlagung für das Rechnungsjahr 1920 ist zurzeit in vollem Gange und soll mit möglichster Beschleunigung durchgeführt werden. Die Finanzämter sind angehalten, ausnahmsweise in den Fällen, wo es sich um besonders bedürftige, in Not befindliche Steuerpflichtige handelt und sich aus der verzögerten Rückzahlung der zu viel einbehaltenen Beträge besonders schwere Härten ergeben, auf Antrag des Steuerpflichtigen dessen Veranlagung vorweg durchzuführen, soweit dies ohne nebenswerte Verzögerung der übrigen Veranlagung möglich ist.

## Preussische Justizreform.

Im preussischen Landtag wurde ein sozialdemokratischer Antrag zum Justizetat angenommen, daß begabten Kindern minderbemittelter Eltern in größerer Anzahl auf Staatskosten der Weg zum Berufsrichteramt eröffnet werden soll, desgleichen ein Antrag, der hervorragende begabte und praktisch erfahrene Personen aus allen Kreisen des Volkes durch Ablegung einer Prüfung die Befähigung zum Richteramt erlangen können, auch wenn sie den vorgeschriebenen Ausbildungszeitraum nicht durchgemacht haben. Zur Annahme gelangte auch ein Antrag, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die Schöffen und Geschworenen für entgangenen Arbeitsverdienst entschädigt werden und ein Antrag, den Gefangenen in weitem Umfange das Recht zum Bezug und Lesen politischer Zeitungen sowie Zeitschriften und Büchern zu geben.

## Der Stuttgarter „Kommunist“ vor Gericht.

Über einen am 28. Juni vor dem Stuttgarter Schwurgericht verhandelten Prozeß gegen den früheren Redakteur sowie gegen den Drucker des „Kommunist“ berichtet der „Schwäbische Merkur“:

Vor den Geschworenen stand der frühere Redakteur des „Kommunist“ Richard Janus und der Buchdruckereibesitzer Karl Häring von Stuttgart wegen eines Verbrechens gegen das Entwaffnungsgesetz. In dem Urteil, der bei Janus unter Anklage stand, hieß es: „Mit Hilfe der schnell zu schaffenden Arbeiterkräfte muß das Proletariat seine Bewaffnung durchführen usw.“ Hierin erblickt die Anklage eine Anreizung zum Klassenhaß. J. bemerkt, daß der Artikel, der übrigens nicht von ihm stamme, für den er aber die Verantwortung übernehme, nicht wörtlich aufzufassen sei, vielmehr sollte lediglich ein Gegendruck gegen die Orzech und ähnliche Veremigungen gebildet werden. — Dem Buchdruckereibesitzer Häring wird zum Vorwurf gemacht, daß in seiner Druckerei ein Flugblatt zur Herstellung kam mit der Überschrift „Die Lehren des Generalstreiks“, u. a. auch mit den Worten: „Rebent den Kampf auf, wie er sich bietet, in den Betrieben, in den Parlamenten, auf der Straße. Rüstet für die kommenden Kämpfe.“ J. schloß seine Ausführungen vor dem Schwurgericht mit den Worten: „Wenn im mitteldeutschen Kampf die Revolution nicht unterlegen wäre, so würde er nach seiner Überzeugung heute nicht unter Anklage stehen.“ Der Vertreter der Anklagebehörde, Staatsanwalt Au pprecht, beantragte Verurteilung der Schuldfrage, während der Verteidiger der Angeklagten, A. Engelhorn, die Freisprechung beantragte. Der Spruch der Geschworenen lautete bei Janus auf Vergehen gegen das Entwaffnungsgesetz und Aufreizung zum Klassenhaß, je mit mildernden Umständen, bei Häring nur auf Verstellung unerlaubter Druckschriften und Fehlers der vorgeschriebenen Unterschriften. Der Staatsanwalt beantragte demnach gegen Janus 4 Monate Gefängnis, gegen Häring eine Geldstrafe von 900 M. Das Urteil lautete bei Janus auf 3 Mon. Gefängnis, bei Häring auf 330 M. und Einstellung der Schriften.

## Kurze polit. Nachrichten.

\* Die Erhöhung der Getreidepreise. Im landwirtschaftlichen Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates teilte nach einer Mitteilung ein Vertreter des Reichsernährungsministeriums mit, daß die Mindestpreise für das im Umlageverfahren abgelieferte Getreide von 1400 M. auf 2100 M. für die Tonne Roggen heraufgesetzt werden sollen, der Mindestpreis für Weizen erhöht sich entsprechend von 1500 auf 2200 M., der für Hafer auf 1800 M. Die Preisfestsetzung stützt sich auf die Erhebungen der Indexkommission. Der Ausschuss des Reichswirtschaftsrates nahm diese Vorschläge gegen den Widerspruch eines Arbeitervertreters an.

\* Zu dem Beschluß des Reichsausschusses der Zentrumspartei betr. den Fall Erbberger wird mitgeteilt, daß es richtig heißen muß: Herr Erbberger erklärt, daß die Wiederannahme seiner parlamentarischen (nicht: politischen) Tätigkeit von der gesamtpolitischen Lage abhängt.

\* Ein französischer Befehl, keine Gefangene zu machen. In der „Humanité“ erhebt der Schriftsteller Gauthier de Toury auch gegen den Kommandanten der 13. Division, General de Bull, die Anklage, am Vorabend des Angriffs vom 26. September 1915 in Artois den Offizieren der 13. Division den Befehl erteilt zu haben, keine Gefangene zu machen.

# Badische Übersicht.

## Badischer Landtag.

### Die Elektrizitätsversorgung in Baden.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.

Zwei Sitzungen hat am gestrigen Freitag der badische Landtag abgehalten, um diese wichtige Angelegenheit für die Gegenwart und wohl auch für die nächste Zukunft einer gesunden Lösung entgegenzuführen. Beiden Sitzungen waren längere Kommissionsberatungen vorausgegangen, weil es sich um hohe Geldbeträge und um prinzipielle Fragen für einzelne Parteien handelte.

Die Vormittags-Sitzung brachte, wie im Bericht der „Karlse. Ztg.“ schon mitgeteilt ist, ein gründliches Referat des Abg. Marum (Soz.), welches dieser im Auftrage des Haushaltsausschusses erstattete. Es behandelte den Gesetzentwurf über die Landeselektrizitätsversorgung. Wie sich diese in den nächsten Jahren zu gestalten hat, welche Pläne für den weiteren Ausbau des Stromnetzes, der Schlusssperre, der Oberheimkraftwerke, des Großdampfwerkes in Mannheim, der Redarkanalisation usw. zur Wirklichkeit werden sollen, das legte Abg. Marum in übersichtlicher Weise dar. Hierzu bedarf es aber erheblicher Geldmittel, über die der badische Staat zur Zeit nicht verfügt. Deswegen will man an die Gründung einer Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von 30 Millionen Mark herantreten und der Gefahr einer privatkapitalistischen Einwirkung dadurch vorbeugen, daß sämtliche Aktien in den Besitz des Staates gebracht werden. Diese Gesellschaft übernimmt auch den Betrieb des Stromnetzes. Der Referent gab die näheren Einzelheiten der Gründung bekannt und verwies auch auf den Namen Badenwerk, den man dem neuen Unternehmen gegeben hat.

Die Aussprache beschränkte sich nach getroffener Vereinbarung zwischen der Koalitionsparteien auf eine kurze, die Vorlage ablehnende Erklärung des deutschnationalen Abg. Meyer-Karlse. Darauf erfolgte die Annahme des Entwurfs mit allen gegen 6 Stimmen. In einer Schlussansprache des Staatspräsidenten Trunk wurde die große Bedeutung der angenommenen Vorlage nochmals unterstrichen.

In der Nachmittags-Sitzung erstattete Abg. Gothein (Dem.) den Bericht über die Kommissionsberatungen, welche dem Gesetzentwurf über die Redarkanalisation gewidmet worden sind. Die Angelegenheit schwebt bekanntlich schon mehrere Jahre; jetzt soll sie zum Abschluß gebracht werden. Gothein ging auf das Interesse Badens an der Redarkanalisation an sich ein, das zwar nicht so groß sei, wie das Interesse Württembergs an der Kanalisation, aber der Industrialisierung des badischen Unterlandes freie Bahn schaffe. Auch der Beschäftigung von Arbeitslosen diene dieser Bau, wenn dies selbstverständlich auch nicht ausschlaggebend sei.

Gothein brachte auch die Wünsche der Kommission in Bezug auf die Zusammensetzung des Aufsichtsrates zur Sprache und verlas die gefasste Resolution, wonach für die Landwirtschaft und die Arbeiter- und Angestelltenchaft eine stärkere Vertretung gefordert wird. (Arbeitsminister Dr. Engler versprach gerade in diesem Punkte, den Wünschen der Kommission in weitem Maße Geltung zu verschaffen.)

Gothein rückte ferner die Bedenken einzelner Kommissionsmitglieder über die unter Umständen zu übernehmende Bürgerschaft von 600 Millionen Mark ins Licht der Öffentlichkeit, empfahl aber schließlich Annahme der Vorlage; was dann auch einstimmig geschah. — Mit der Frage selbst wird sich die Öffentlichkeit noch des öfteren beschäftigen.

Am heutigen Samstag weilt der Landtag in Schwetzingen und Mannheim zur Besichtigung der dortigen Schlösser. Am Dienstag nimmt der Haushaltsausschuß die zweite Lesung der Steuergeetze in Angriff; erst am 12. Juli tritt das Plenum wieder zusammen; es wird das ziemlich umfangreiche Fürsorgegesetz zur Beratung stellen. Auch andere Kommissionen tagen noch in nächster Woche.

## Die Vereinigung von Baden und Württemberg in der Praxis.

Zur Donaueschinger Besprechung schreibt Emil Pfeiff in einem hiesigen Blatt einige Randglossen, in denen er die Ansicht ausdrückt, daß Württemberg den Versuch, den Anschluß Badens mit einem Schläge zu gewinnen, offenkundig aufgegeben, gleichzeitig aber sich entschlossen habe, sein Ziel nun gebuldig und beharrlich, Schritt für Schritt zu erstreben. Wir glauben seine Ausführungen, die geeignet sind, ein neues Moment in die Diskussion über die Zusammenfassungsfrage zu tragen, unseren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen, und geben darum den Kernpunkt seiner Darlegungen im wesentlichen hier wieder. Der Verfasser geht — ob mit Recht oder Unrecht lassen wir dahingestellt — von der Vermutung aus, daß auch die vom Reichsverkehrsministerium dem Reichsrat vorgelegte Verordnung betreffend die Verträge für die Reichseisenbahnen insofern, als sie eine verkehrspolitische Verschmelzung von Baden und Württemberg unbestreitbar vorsehe, auf württembergische Einflüsse zurückzuführen sei und erblickt darin einen Schritt Württembergs in der angeordneten Richtung.

„Mit der“, so schreibt Dr. Pfeiff u. a., „im Entwurf vorliegenden Verordnung sollen die verschiedenen Landesbahnverträge im Reich in Ausführung des Artikels 93 der Reichsverfassung vorläufig, d. h. bis zur Durchführung der in Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehenen Einteilung des Reichs in Wirtschaftskreise, durch Reichseisenbahnräte ersetzt werden. Ein Bedürfnis zu einer solchen Maßnahme ist meines Erachtens in der Tat vorhanden, daher ist auch der Begründung des Entwurfs in dieser Hinsicht zuzustimmen, da sich das Nebeneinanderbestehen der verschiedenen Landesbahnverträge im neuen Reichseisenbahnrat immer mehr als unhaltbar erweist. Die Zweifel an der Zweckmäßigkeit des Entwurfs beginnen bei dem Vorschlag bezüglich der vorläufigen Gliederung der Reichseisenbahnräte und in einem Reichseisenbahnrat zerfallen sollen: Die Gebiete der Reichseisenbahnräte decken sich zum Teil mit den bisherigen Eisenbahnratsbezirken, zum Teil fassen sie mehrere von ihnen zusammen. Von den Bezirken, die für Baden von Bedeutung sind, sollen durch Zusammenschluß früherer Bezirke Stuttgart-Karlsruhe und

Frankfurt (Main) gebildet werden. Zur Begründung dieser Zusammenschlüsse führt die Regierungsvorlage im wesentlichen aus: „Nachdem die früheren Staatsbahnverträge in der Hand des Reichs vereinigt sind, müssen nunmehr solche Bestimmungen beseitigt werden, die sich bisher in den an sich einheitlichen Wirtschaftskreisen durch die politischen Grenzen der Länder ergeben haben. Bei der Bildung der neuen Bezirke ist daher das Politische zurückgestellt und nur den wirtschaftlichen Erfordernissen in erster Linie Rechnung getragen worden.“

Die Begründung des Entwurfs nimmt also ohne weiteres an, daß die innerpolitischen Grenzen Deutschlands die wirtschaftliche Einteilung der Länder gehemmt haben. Sicher hat diese Annahme eine gewisse Berechtigung. Allein diese Berechtigung hat im Laufe der Zeit fortgesetzt an Bedeutung verloren, zuletzt in ganz bedeutendem Maße durch den 1920 erfolgten Übergang der Staatsbahnverträge auf das Reich. Was jetzt die wirtschaftlichen Beziehungen der deutschen Länder noch hemmt, das sind nicht die toten Grenzsteine, die nur als stumme Zeugen vergangener Zeiten verlassen an den Straßen stehen, das sind vielmehr die in den verschiedenen Ländern ungleich günstigen natürlichen Entwicklungsgrundlagen und der darin auch verschiednen starke Drang nach Erwerb und Verdienst, das sind Lasten und Erscheinungen, die mit den Grenzsteinen weder zwischen Württemberg und Baden noch anderswo in Deutschland hinweggeräumt werden. Nach meiner Auffassung liegt also in dieser Beziehung kein triftiger Grund vor, bei der Bildung des südwestdeutschen Reichseisenbahnrats die Länder Württemberg und Baden zu einem Bezirk zu vereinigen.

Eine zwingende Notwendigkeit zu einer eisenbahnpolitischen Vereinigung der beiden Länder ergibt sich meines Erachtens auch nicht aus den Aufgaben der Reichseisenbahnräte, denen nach dem Entwurf obliegen soll, in wichtigen, die besonderen Interessen des Bezirks oder einzelner Teile berührenden Fragen des Verkehrs und der Tarife der Reichseisenbahnen, namentlich bei wichtigen Änderungen der Tarife und der Vorschriften auf dem Gebiete des Abfertigungs- und des Wagendienstes, sowie der Fahrpläne Gutachten abzugeben. Aus der Umschreibung der Aufgaben ergibt sich, daß der Einfluß des südwestdeutschen Reichseisenbahnrats auf Betrieb und Verwaltung der Reichseisenbahnen noch geringer sein wird, als der an sich schon unbefriedigende Einfluß der Landesbahnverträge auf ihre Staatsbahnverwaltungungen gewesen ist. Ganz besonders gilt dies für den Einfluß auf die Fahrpläne für den durchgehenden Personenverkehr, die nunmehr einheitlich in Berlin bearbeitet werden, so daß auch die Zuständigkeit der Eisenbahn-Generaldirektionen wesentlich vermindert ist. Eine gewisse Bewegungsfreiheit besitzen die Eisenbahn-Generaldirektionen bezüglich des örtlichen Personenzugfahrplans. Da aber der örtliche Personenverkehr innerhalb Baden und Württemberg verschiedene Hauptrichtungen aufweist, liegt auch vom Standpunkt der Fahrplanpolitik kein Grund vor, die badischen und württembergischen Wünsche auf einer Tagung zu behandeln, und zwar, wie der Entwurf vorsieht, abwechselnd in Stuttgart und in Karlsruhe. Für die geschäftliche Behandlung der Anträge zu den Tagungen kann dieser Wechsel meines Erachtens nur hinderlich sein; er steht auch im Widerspruch zu einem Verwaltungsgrundsatz der Reichseisenbahnen, für bestimmte Aufgaben geschäftsführende Verwaltungen zu bestellen, die Aufgaben also dauernd in eine Hand und nicht abwechselnd in verschiedene zu legen. Aus all diesen Gründen verhalte ich sehr wohl, daß die Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe, wie auf der Hauptversammlung des Verkehrsvereins Karlsruhe dieser Tage mitgeteilt wurde, eine Vereinigung der Länder Württemberg und Baden zu einem Reichseisenbahnrat nicht für zweckmäßig erachtet.“

## Der Karlsruher Grundstücksmarkt 1920.

Wie den statistischen Monatsberichten für die Monate Oktober bis Dezember 1920, welche einen gedrängten Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung Karlsruhs im zweiten Nachkriegsjahr enthalten, zu entnehmen ist, wurde auf dem Grundstücksmarkt bezüglich des Umfangs der Liegenschaftsumfänge im Jahre 1920 ein Rekord erreicht. In 1190 Reichsgeschäften wurden 1679 Grundstücke veräußert gegen 1653 im Vorjahr und 1224 im letzten Friedensjahr mit einer Gesamtfläche von 1,5 Millionen Quadratmeter im Jahre 1920, 1,38 im Jahre 1919 und 0,8 Millionen Quadratmeter im Jahre 1918. Dem Werte nach wurden 1920 für 85,8 Millionen Mark umgesetzt, das sind rund 20 Millionen mehr als im Vorjahr und 85 Millionen mehr als 1918.

Mit den größten Wertziffern sind die bebauten Liegenschaften (Gebäude) vertreten, von denen für 64 Millionen Mark mehr umgesetzt wurden als 1918 und für 18 Millionen mehr als 1919. Eine ähnliche Hochkonjunktur war 1920 auch auf dem Freihaus Grundstücksmarkt zu beobachten, wo der Häuserkauf einen bisher nicht beobachteten Umfang annahm, im laufenden Jahr aber eine stark rückläufige Tendenz aufweist. Während in Karlsruhe im Jahre 1918 dem Werte nach etwa dreimal so viel bebauten Liegenschaften den Eigentümern wechselten wie unbebaute, waren es im Jahre 1919 21 mal so viel und 1920 16 mal so viel. Der Zahl nach steigen die umgesetzten bebauten Liegenschaften um dreifache von 1918, die unbebauten dagegen gingen um ein Drittel zurück.

Hypotheken wurden im Jahre 1920 1184 eingetragene, das sind 87 mehr als 1918 und 353 mehr als 1919. Aber mehr gelöscht als eingetragen wurden im Jahre 1920: 900 und 1919 sogar 700 gegenüber nur 70 im Jahre 1918. Während dem Werte nach 1918 5,2 Millionen Mark mehr neu bestellt als gelöscht wurden, waren es im Jahre 1919 3 Millionen, 1920 aber 29 Millionen, davon allein in den letzten 3 Monaten 16 Millionen. Der Bericht hebt besonders hervor, daß es vorwiegend kleinere Hypotheken seien, die in den letzten beiden Jahren mehr gelöscht als neu bestellt wurden.

Der Hochkonjunktur entsprechend waren verhältnismäßig nur wenig Zwangsversteigerungen von Liegenschaften in den letzten beiden Jahren zu beobachten, nämlich je 11 gegenüber 49 im Jahre 1918 mit einem Schätzwert von 0,5 Millionen Mark (1920), 0,73 Millionen (1919) und 2,6 Millionen (1918).

## Kurze Nachrichten aus Baden.

### Verkehrseinschränkungen.

Vom Freitag, den 1. Juli an verkehren die Personenzüge 28: Linde a u Stadt ab 12.30 nachm., Lindau an 4.05 nachm. und 31: Lindau ab 10.28 vorm., Linde a Stadt an 1.47 nachm. wieder täglich.

### Verkehrsverboten.

Der Personen-, Gepäck- und Expressgutverkehr auf den im Eisenbahndirektionsbezirk Rastatt gelegenen Strecken Rastatt-Kandrzina und Kensa-Summin ist wieder eröffnet.

P.A. Eine Jugendherberge für Mädchen. Die Verwaltung des Kindererholungsheims Heuberg hat in entgegenkommender Weise eine Jugendherberge für Mädchen eingerichtet. Die Anmeldungen müssen durch die vom Zweigausschuß Baden für deutsche Jugendherbergen in Freiburg, Blauschloßstraße 20, zu beziehenden Doppelkarten erfolgen.

DZ. Offenburg, 1. Juli. Die Stelle des Bürgermeisters soll zur Bewerbung mit Frist bis 15. Juli ausgeschrieben werden.

DZ. Konstanz, 20. Juni. Die Handelskammer beschloß die Errichtung eines Prüfungsamtes für Kurzschrift für den ganzen Kreis. Einem Antrag aus Kleinhandelskreisen entsprechend, beschloß die Handelskammer, an 26 Sonntagen im Jahre eine Verkaufszeit bis zu drei Stunden zuzulassen. Kaufmännisches Personal soll während dieser Zeit im allgemeinen nicht beschäftigt werden. Nur an den 10 Ausnahmesonntagen soll eine Beschäftigung des Personals gestattet sein. Die Handelskammer erhob ferner Einspruch gegen die geplante Erhöhung der Fernsprechkosten, die für ihren weitab von den Wirtschaftszentren gelegenen Bezirk eine unerträgliche Belastung bedeute und zu weitgehenden Einschränkungen führen müsse. Zur Erbitterung müsse es führen, wenn die Teilnehmer erst nach langem Warten einen Anschluß bekommen und dann nicht selten nur mit aller Anstrengung eine mangelhafte Verständigung erzielen können. Die Handelskammer bittet, bei den vorgesehenen gestatteten Gebühren mindestens um eine Ermäßigung. Ferner sollte zur Verhinderung weitgehender Einschränkungen im Verkehr innerhalb des Ortsnetzes die Einzelgesprächsgebühr nicht über 10 Pf. festgesetzt werden. — Die Frage der Vereinigung von Württemberg und Baden hält die Handelskammer noch nicht für genügend geklärt. Sie erspricht sich von einer Vereinigung keine Vorteile.

## Aus der Landeshauptstadt.

Sammlung zugunsten unserer in große Not geratenen Oberschlesier. Mit der vom Ortsausschuß Karlsruhe für das Oberschlesien-Geldwesen geplanten Haus- und Straßensammlungen wird bereits heute Samstag begonnen und zwar werden an diesem Tage die Sammlungen von Haus zu Haus stattfinden, die Straßensammlungen dagegen werden am Sonntag vorgenommen. Spenden reichlich für unsere oberschlesischen Mitbürger! Das sei die Lösung für jedermann am Samstag und Sonntag.

Silbernes Priesterjubiläum. Am 1. Juli konnte Stadtpfarrer Stumpf der Pfarrgemeinde St. Bernhard sein 25jähriges Priesterjubiläum begehen. Stadtpfarrer Aug. Stumpf hat sich durch seine seelsorgerische Tätigkeit und durch seine rege Mitwirkung an vielen Werken zur Bekämpfung der Noth der Zeit den Dank und die Wertschätzung seiner Gemeinde und weiter Kreise über diese hinaus erworben.

W. „Die Veranschaulichung“ von E. v. Kleist wurde am Freitagabend im Gemeindehaus, Wüchertstraße, von Schülern des humanistischen Gymnasiums zur Aufführung gebracht zum Besten der Errichtung einer Gedenktafel für die kriegsgefallenen Lehrer und Schüler des Gymnasiums. Alle Wirkenden haben sich der Aufgabe mit großem Eifer und teilweise recht gutem Erfolg gewidmet und wurden denn auch durch reichen Beifall der sehr zahlreichen Zuhörererschaft gelohnt. Auch die umsichtige szenische Leitung des Herrn v. d. Trend-Illici fand die gebührende Anerkennung.

Die Gausleitung Baden des Reichsbundes der Kriegsschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen übersendet uns eine Erklärung, in der sie sich mit Bezug auf die Abwehrklärung der hiesigen Bezirksgruppe des Bundes der Beamten im Bereich des Reichsarbeitsministeriums gegen die Annahme verwahrt, daß die Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen zum Vorspann rein persönlicher Motive gemacht würden.

DZ. Badische Möbelschau. Vom Verband der badischen Holzindustrie und dem Badischen Kunstverein wird im Rahmen der Karlsruher Herbstwoche eine Badische Möbelschau veranstaltet, die vom 23. September bis 6. Oktober dauert und in der Ausstellungshalle in Karlsruhe abgehalten wird. Die Möbelschau will die Erzeugnisse der badischen Möbelindustrie in geeigneter Ausführung und Formschönheit dem Publikum vor Augen führen. Der Badische Kunstgewerbeverein wird mit Erzeugnissen der freien und angewandten Künste die zur Ausstellung kommenden Gegenstände und die einzelnen Ausstellungsräume ausschmücken.

DZ. Schwurgericht. Am Freitag vormittag begann der auf drei Tage berechnete Schwurgerichtsprozess gegen Kurt Fries und Genossen wegen Urkundenfälschung, Betrug, Betrugsversuch und Begünstigung. Angeklagt sind der verheiratete 54 Jahre alte Kaufmann Kurt Fries aus Frankfurt a. M., der verheiratete 35 Jahre alte Professor Karl F. Grammes aus Mannheim, der 1895 in Karlsruhe geborene verheiratete Dr. Arthur Geiler, der gleichaltrige Kaufmann Peter Eitel aus Heilbronn, der 34 Jahre alte verheiratete Kaufmann Alfred Herr aus Neuenbürg, der 42jährige geschiedene Kaufmann Emil Reutter aus Heilbronn und die 24 Jahre alte Kellnerin Maria Scheiffele aus Karlsruhe. Die Anklageschrift ist sehr umfangreich. Es handelt sich hauptsächlich um einen schwindhaften Handel mit gefälschten Ausfuhrpapieren für Holz mit Beträgen, die in die Hunderttausende gehen.

## Staatsanzeiger.

### Die Apotheke in Mannheim-Käfertal betr.

Die persönliche Berechtigung zum Betriebe der Apotheke in Mannheim-Käfertal wird zur Bewerbung ausgeschrieben. Bewerbungen sind unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse binnen vier Wochen hierher einzureichen.

Karlsruhe, den 29. Juni 1921.

Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

J. A. Rein. Jeller.

### Staatsprüfung für den mittleren hochbautechnischen Dienst betr.

Die nachstehend genannten Prüflinge habe die im Juni 1921 abgehaltene Staatsprüfung für den mittleren hochbautechnischen Dienst bestanden:

Baumann, Frh., aus Buchal, Busam, Friedrich, aus Mannheim, Dennis, Christian, aus Singen (Amt Durlach), Eisenbeiß, Paul, aus Kehl a. Rh., Hölling, Johannes, aus Feudenheim, Krattinger, Ernst, aus Freiburg i. Br., Kist, Josef, aus Sigmaringendorf, Lubow, Karl Wilhelm aus Karlsruhe, Mehl, Josef, aus Sedach, Obergfell, Eugen, aus Donau-Echingen, Reichenbacher, Karl, aus Söllingen, Schneider, Otto aus Karlsruhe, Schoss, Karl, aus Mühlburg, Schred, Theodor aus Sedenheim, Spelger, Hans, aus Schwetzingen, Walter, Paul, aus Freiburg i. Br., Wenz, Karl Friedrich, aus Söllingen, Betsner, Robert, aus Karlsruhe.

Karlsruhe, den 28. Juni 1921.

Ministerium der Finanzen.

Der Ministerialdirektor:

Sammet. Schmidt.

## Die Aufgabe unseres Geschäftes erfolgt in kurzer Zeit

und erfordert völlige Räumung  
unserer gesamten Lager.

Benützen Sie daher die günstige Gelegenheit  
zum Einkauf von preiswerter

### Herren- und Knabenkleidung.

Noch vorrätig in größerer Auswahl:  
Für Sommer und Winter

Herren-Paletots und Ulster, Sacco-  
Anzüge, Smoking-Anzüge, Jacketts  
und Westen, Hosen, einige Sport-  
und Chauffeur-Anzüge, Fantasie-  
Westen, Tennis-Hosen, Loden-,  
Gummi- und imprägnierte Mäntel,  
Schlafrocke und Haus-Smokings,  
Knaben-Mäntel und -Anzüge.

Auf sämtliche dieser Waren gewähren wir

## 25% Rabatt

Für Anfertigung nach Maß ebenfalls  
noch Auswahl in guten Stoffen.

Ganz besonders billig:

Ein Posten <b>Herren-Mäntel</b> hochgeschl. Form Netto 137.- Mk.	Ein Posten <b>Knaben-Mäntel</b> für das Alter von 5 bis 15 Jahren Netto 73-98 Mk.
--	--

## Spiegel & Wels

R. 372

Als Facharzt für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten  
halte ich meine Sprechstunden

### Waldstrasse 8

täglich von 12-1 und 3-5 ausser Samstag-  
Nachmittag und Sonntag

## Dr. med. Oscar Sitzler

Karlsruhe      Fernruf 4758

## Bauarbeiten

für Hoch- u. Tiefbau einschl. Planfertigung  
in jeder gewünschten Ausführung,  
Projekt-Bearbeitung übernimmt

Bau-Industrie A.-G. vorm. Heinrich Degler Söhne,  
Rastatt Nr. 12.      R. 355.3.1

## Dresdner Bank

Eingezahltes Kapital: 260 Millionen M.  
Rückstellungen: 80 Millionen M.      :

Niederlassungen in Baden:

**Mannheim :: Heidelberg**  
**Freiburg i. B. :: Konstanz**

Sorgfältige Erledigung aller  
bankmässigen Geschäfte :-:

R. 889

## Bankhaus Strauss & Co., Karlsruhe

Friedrichsplatz 1, Eingang Ritterstrasse  
Fernsprecher: Für Ortsverkehr Nr. 30, 4595-4598  
Für Fernverkehr Nr. 4901-4905

## Aufruf zum Oberschlesier-Hilfswert.

### Deutsche Männer und Frauen!

Oberschlesien brennt. Insurgentenbanden  
morden, plündern und rauben. Groß ist die Zahl  
der Erschlagenen. Tausende Deutsche haben Heimat,  
Hab und Gut verloren, sind verschleppt oder schmachten  
in Konzentrationslagern, den entsetzlichsten Miß-  
handlungen und Entbehrungen ausgesetzt. Hunderte  
von Verwundeten und Kranken füllen Lazarette und  
Krankenhäuser und entbehren der aller notwendigsten  
Mittel zu ihrer Heilung. Auf dem Lande herrscht  
wildester Terror. In den Städten ist Lebensmittel-  
und Wasserzufuhr abgeschnitten, das Hilfspersonal  
zusammengedrückt, und dadurch die Not der Bevöl-  
kerung auf dem Gipfelpunkt.

Vaterländische Pflicht aller Deutschen ist es daher,  
unsern schwer bedrängten und Hilflosen die besten  
oberschlesischen Volksgenossen so rasch als möglich zu helfen.

### Darum ihr Männer und Frauen Karlsruher! Helft den Oberschlesiern, helft sofort!

Große Mittel sind notwendig, vor allem Geld,  
Wäsche, Kleidung und unentbehrliche Lebens- und  
Stärkungsmittel.

Am kommenden Sonntag, den 3. Juli soll, wie in  
allen deutschen Städten, so auch in Karlsruhe, ein  
**deutscher Oberschlesier-Opfertag**

stattfinden. Straßen- und Hausmählungen sind  
vorgesehen, letztere schon Samstag, den 2. Juli.  
Gebt, was in Euren Kräften steht, und denkt an  
die Tat des obereschlesischen Volkes am Abstimmungst-  
tag, in der es in so glänzender Weise seine Treue  
zum Vaterland bekundet hat!

Geben in Geld nehmen entgegen alle hiesigen Ban-  
ken, sowie die städtische Sparkasse Karlsruhe.

Sachspenden wollen an die Sammelstelle des roten  
Kreuzes hier abgeliefert werden.

### Der Ortsausschuß Karlsruhe für das Oberschlesier-Hilfswert.

Frau Jenny Warting, für den Evangelischen Frauen-  
bund. Baumeister, Parteisekretär, für den Katholi-  
schen Caritasverband. Blum, Bezirksrat, für die  
Handwerkskammer Karlsruhe. Dees, Generalsekretär,  
I. Vorsitzender des Vereins Karlsruher Presse.  
Dr. Ehrhardt, Geh. Hofrat, Direktor der Oberreals-  
schule, Vertreter der Mittelschulen. Fasbender, Ge-  
werkschaftssekretär und Stadtverordneter, für die  
christl. Gewerkschaften. Dr. Finter, Oberbürgermeister.  
D. Fren, Oberreallehrer, Obmann des geschäftslei-  
tenden Vorstandes der Stadtverordneten. Hof, Ge-  
werkschaftssekretär, für den Allgemeinen Deutschen  
Gewerkschaftsbund. Ortsgruppe Karlsruhe. Gsell,  
Kommerzienrat, Präsident der Handelskammer für  
die Kreise Karlsruhe und Baden. Jacob, Stadtrat,  
I. Vorsitzender. Kaminski, Stadtpfarrer, für die Mi-  
litholische Kirchengemeinde. Kranzschke, Oberpost-  
sekretär, Vorsitzender der Vereinigung heimatreuer  
Oberschlesier. Ortsgruppe Karlsruhe. Kühn, Stadi-  
rat, II. Vorsitzender. Dr. Kurrein, Stadtrabbiner,  
für die Israelitische Wohlfahrtsvereinigung. Lacher,  
Verwaltungsdirektor, Geschäftsführer. Leonhardt,  
Obersekretär des städt. Volksschulrektors. Lint,  
Geistl. Rat und Stadtdelan, für die katholische Ge-  
samtkirchengemeinde. Frau Stadträtin Matheis, für  
den katholischen Frauenbund. Dr. Mantel, General-  
oberarzt, Vertreter des Bad. Landesvereins u. roten  
Kreuz. Menginger, Stadtrat und Konjul. I. Vorsit-  
zender des Verkehrsvereins. Müller, Geheimrat, Rat,  
Generalsekretär des Badischen Frauenvereins. Napp,  
Stadtdelan, für die Evangelische Gesamtkirchengemeinde.  
Freifrau von Schilling, für den Helferkinnen-  
bund des Badischen Frauenvereins. Stehlin, Rektor  
der städt. Volksschulen. Dr. h. c. Strauß, Kommer-  
zienrat und Bankier, für die Karlsruher Bankverein-  
igung. Werner, Pfarrer, für den Badischen Lan-  
desverein für Innere Mission.

## Erich Bühler

Bank-Geschäft  
Kreuzstraße Nr. 4, am Marktplatz  
empfiehlt sich zur Ausführung von

### Bank-Geschäften jeder Art

zu den billigsten Sätzen. K. 271

Konto-Korrent- u. Scheckverkehr, Annahme  
u. bestmögliche Verzinsung v. Spargeldern je  
nach Kündigungsfrist, kurzfristige Darlehen  
gegen Sicherheit, An- und Verkauf in- u. aus-  
ländischer Wertpapiere, Kupons und Noten.

Fachmännische Auskunft u. Beratung  
— in allen Geld-Angelegenheiten. —

## Nur 2 Tage!

Verkaufen Sie Ihre alten, auch zerbrochenen

# Zahngebisse

Zahle für jeden verwendbaren Zahn bis M. 10.—  
für Metallgebisse je nach Ausführung bis M. 450.—

Ankauf nur Montag, den 4. Juli und Dienstag,  
den 5. Juli 1921, von 10-6 Uhr  
in Karlsruhe im Hotel Germania  
Karlsruherstrasse

H. Gerber      K. 388

## Stadtgarten.

Zugunsten der bedrängten Oberschlesier veranstalten wir Samstag, den 2. Juli d. J.,  
abends 8-11 Uhr ein

# Gartenfest

Konzert der Kapelle des Musikvereins Harmonie unter Mitwirkung des Männer-  
gesangsvereins Karlsruher Liederkreis.

Um 9 1/2 Uhr Bengalische Beleuchtung der Anlagen am See.

Eintritt: Inhaber von Stadtgartenjahreskarten 2 Mk. einschließlich  
Sonnige Personen 3 Mk. Luftbarkeitssteuer  
Kinder je die Hälfte. Musikprogramm mit Liedertext 60 Pfg.

Kartenvorverkauf: Verkehrsverein und Schalterkasten des Stadtgartens.  
Zugänge: Stadtgarteneingang Nord und Süd und östlicher Stadtgarteneingang  
beim Bierodbad. Bei schlechtem Wetter finden die Musik- und Gesangs-  
führungen im großen Festhalleaal statt, während die Gartenbeleuchtung unterbleibt.  
Zur Erzielung eines möglichst hohen Reingewinnes bitten wir die Karlsruher Bevölkerung  
um zahlreichen Zutritt. R. 380

Der Ortsausschuß Karlsruhe für das Oberschlesier-Hilfswert.

## Unser Inventur-Verkauf bietet außerordentliche Vorteile

Herren- u. Damenstoffe  
Baumwollwaren  
Wäschestoffe      Seide

# Leipheimer & Mende

R. 392

## Möbelhaus

Kostenlose  
Auf-  
bewahrung

### Wohnungs-Einrichtungen

in großer Auswahl und  
modernen Ausführungen  
zu billigsten  
Preisen.

# Brüder w. u. H. Bär

Spezialhaus für bürgerliche u. billige Wohnungs-Einrichtungen  
Karlsruhe, Kaiserstraße 115  
Eingang Adlerstraße.

Offenburg, Hauptstr. 32  
neben Hotel Rhein. Hof.

In  
Einzel-Möbel

wahrreiches Lager in allen  
Sorten und Stilarten.      R. 390

Baden  
und Würt-  
temberg

Evtl. erleicht. Zahlungsbedingungen

bis  
zu einem  
Jahr

## Städtisches Konzerthaus.

Sommeroperette.  
Sonntag, den 3. Juli, 6 1/2 bis geg. 9 1/2 Uhr. Mk. 16.20  
Eröffnungsvorstellung      Zum ersten Mal:

### Der letzte Walzer.

Operette in drei Akten von O. Straus.

## Ia. Falzziegel und } natur- Biberschwänze } rot

aus unseren eigenen badischen Werken.

Bau-Industrie A.-G. vorm. Heinrich Degler Söhne,  
Rastatt Nr. 12.

R. 355.3.1

## Vertreter

gesucht von bekannter, leistungsfähiger Firma zum  
Betrieb von

feinen Tabakpfeifen in echt und imitiert Bruyere etc.  
Best. Angebote von Herren, die in Zigarrengeschäften  
und Drehschneidereien gut eingeführt sind, erbeten unter  
R. 375 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

## Guten Nebenverdienst

bzw. Erhöhg. Ihres Ein-  
kommens bieten wir Ihnen  
durch stille Mitarbeit vom  
Schreibstisch aus, kein  
Adressensuchen. Offerten  
unter R. 391 an die Exp.  
der Karlsruher Zeitung.

## Teilhhaber gesucht!

Für große, bestfundierte  
Druderei- und  
Papierwarenfabrik  
in Württemberg wird  
stiller **Teilhhaber mit  
Min. 100 000 Einlage**  
sofort gesucht.      R. 394

Sicherheit genügend  
bestanden. Erste Restl.  
erhalten alle Ausschüsse  
unter Nr. 1577 durch  
Immobilien-Verwertungs-  
Gesellschaft Fischer & Co.,  
München, Prielmayerstr. 10  
Tel. 51519.